

# Zur Widerständigkeit der Hochschullehrer zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft

Siegfried Jaeger

**Zusammenfassung:** Ein Zeitungsartikel von Wolfgang Köhler, in dem er gegen die Entlassung bedeutender Wissenschaftler protestierte, sowie Briefe von Kollegen an Köhler, die auf diesen Aufsatz reagierten (Archivmaterial), werden vor dem Hintergrund der ersten Monate der Nazi Herrschaft und im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes diskutiert. Das Ergebnis ist nicht überraschend. Während die jüdischen Kollegen machtlos waren und Köhler für dessen Artikel als Zeichen seiner Humanität dankten, brachten die Kollegen, die nicht verfolgt wurden, ein gewisses Maß an Distanz zu den Nazis sowie ein Bedürfnis nach Aufsätzen dieser Art zum Ausdruck. Allerdings zeigen sie auch verschiedene Arten von Antisemitismus und elitäre und antidemokratische Wertstrukturen, die der Naziideologie so nahestehen, daß sie nicht als Grundlage eines nennenswerten Widerstandes angesehen werden können.

**Abstract:** A newspaper-article by Wolfgang Koehler, in which he protests against the dismissal of eminent academics, as well as the response letters from colleagues to Koehler (archival materials) are analysed on the background of the first months of nazi rule, in terms of the possibilities and limits of resistance. The result is not surprising. While the jewish colleagues had no chance to do anything and were thankful for the article as a sign of humanity, the colleagues who were not confounded by the prosecutions show a certain degree of distance to the Nazis and feel the need of Koehler's article. Yet they also show different forms of antisemitism and an elitist and antidemocratic value structure, which is too near to Nazi-ideology to allow for a basis of marked resistance.

In den historischen Arbeiten zum Nationalsozialismus finden berechtigterweise die entfalteten Formen nationalsozialistischer Herrschaft, die Kriegszeit und die systematische Verfolgung politisch Andersdenkender, insbesondere die Massenvernichtung der Juden, weit stärkere Beachtung als die Anfänge des NS-Regimes. Dies ist unter dem Gesichtspunkt, ein Verständnis dafür zu gewinnen, wie es dazu kommen konnte, allerdings bedauerlich. Denn der Nationalsozialismus brach weder wie ein Naturereignis aus, sondern hat seine nur zum Teil aufgearbeiteten ideellen Wurzeln und politisch-praktischen Vorläufer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, noch war mit der sogenannten Machtergreifung 1933 die politische Herrschaft der Nationalsozialisten gesichert, sondern es waren durchaus noch andere Entwicklungen möglich. – Auf die Teilfrage, warum es im Hochschulbereich so wenig Widerstand gegen die

einsetzenden Gleichschaltungsmaßnahmen und so wenige Versuche, die politische Entwicklung zu beeinflussen, gegeben hat, möchte ich hier anhand von Materialien eingehen, die sich daraus ergeben, daß Wolfgang Köhler am 28. April 1933 einen vielbeachteten Zeitungsartikel veröffentlichte (Reproduktion in Graumann 1985, 305-306), in dem er die Bedenken jener „anderen Deutschen“ artikuliert, die abseits von der nationalsozialistischen Bewegung stehen, und darauf über 120 Zuschriften, ca. ein Viertel davon von Hochschullehrern, erhielt und aufbewahrte (Nachlaß Köhler im Archiv der American Philosophical Society, Philadelphia). Von diesem Artikel als dem kritischen Ereignis und den Reaktionen seiner Hochschullehrerkollegen ausgehend, ergibt sich die Möglichkeit, ein Stück weit zu analysieren, was man in akademischen Kreisen wußte, dachte, und vor allem, welche Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven man sah und verfolgte. Vor dieser Analyse möchte ich allerdings einige Informationen über Ereignisse bis Ende April geben, die vermutlich Köhler zu diesem Artikel veranlaßt haben.

## **Die Situation im Frühjahr 1933**

Die politische Zersplitterung in die unversöhnlichen Lager der Arbeiterparteien (KPD, SPD) und die zusammen stärkeren bürgerlichen Parteien sowie die 1930 mit 2,5 % noch bedeutungslosen Faschisten einerseits und quer dazu die der Anhänger (SPD, DDP, Zentrum, BVP) und Gegner der Weimarer Republik (KPD, Wirtschaftspartei, DVP, DNVP, NSDAP) andererseits hatte zu einer Situation geführt, in der die Nationalsozialisten mit Hilfe der antidemokratischen konservativen Kreise und der Großindustrie erstarken und schließlich legal mit diesen die Macht übernehmen konnten. Auch die dann folgenden Maßnahmen der Gleichschaltung waren durch die Möglichkeiten der Ausschaltung der parlamentarischen und publizistischen Kontrolle in der Republik vorbereitet.

In den Monaten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 31. Januar gab es nicht nur unkontrollierte Repressionen und Gewaltaktionen gegen Juden und andere „Systemgegner“ durch NSDAP-Mitglieder, deren Zurückdrängung durch die Regierung aufgrund von realpolitischen Sachzwängen (Außenwirkung, wirtschaftliches Funktionieren) Hoffnungen auf Reste von Rechtsstaatlichkeit erweckten. Staatlicherseits war durch die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, welche die Grundrechte außer Kraft setzte, das Ermächtigungsgesetz vom 23.3.33 sowie durch willkürliche Verhaftungen und die Einrichtung erster Konzentrationslager am 20./21.3. in Dachau und Oranienburg bereits ein Klima allgemeiner Verunsicherung erzeugt worden. Es war bekannt bzw. den Zeitungen zu entnehmen, daß Tausende von Regimegeg-

nern ohne Gerichtsbeschluß in „Schutzhaft“ genommen und die kommunistischen und sozialdemokratischen Presseorgane seit dem Reichtagsbrand verboten worden waren, und daß die bürgerliche Presse schon weitgehend gleichgeschaltet war. An den Universitäten wurden bis zum Ende des ersten Jahres der NS-Herrschaft 313 ordentliche und 109 außerordentlich Professoren, rund 400 Honorarprofessoren und Privatdozenten sowie über 500 Assistenten, Lehrer und Mitarbeiter an wissenschaftlichen Instituten, Museen und Bibliotheken u.s.w. entlassen, davon 1/3 aus rassistischen Gründen. Die Universität Berlin, wo ca. 30% des Personals gekündigt wurde, war neben Frankfurt 20% am stärksten betroffen, und die Zeitungen waren voll von Meldungen über Entlassungen, Beurlaubungen, Rücktritte, Selbsttötungen, etc. Doch schienen die „legalen“ Arierungsmaßnahmen in der Zeit bis zum Erscheinen des Artikels, wie das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.33, die Gesetze über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und zum Kassenarzt am 7.4. bzw. 22.4.33 sowie die Einführung eines Numerus clausus von 1,5 % für jüdische Schüler und Studenten am 25.4.33, sich auf den Beamtenapparat, die Universitäten, Schulen und besonders exponierte Berufsgruppen zu „beschränken“, und diese Gesetze hatten zudem in den sog. Frontkämpferparagraphen scheinbar weitreichende Ausnahmeregelungen (vgl. Comité des Délégations Juives 1934, Poliakov & Wulf 1959).

Bedeutsamer für Köhlers Schritt in die Öffentlichkeit waren wahrscheinlich Tendenzen der Selbstgleichschaltung in der Universität und in Verbänden, wie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGfP), welche über die staatlichen Maßnahmen weit hinausgingen und die Möglichkeiten, auf institutioneller Ebene wirksam zu werden, illusorisch erscheinen ließen. So wurde am 3.3.1933 im *Völkischen Beobachter* ein von 301 Hochschullehrern unterzeichneter Wahlauf Ruf für Adolf Hitler veröffentlicht; an der Berliner Universität erhielt ein von dem Rektor und Anthropologen Eugen Fischer sowie u.a. dem Psychologen Johannes B. Rieffert verfasster Aufruf für die Nationale Regierung 240 Unterschriften (vgl. Weber 1979).

Im Fall der DGfP konzentrierten sich die Vorgänge auf den von Gustav Kafka für April in Dresden vorbereiteten Kongreß, der auf dessen Antrag im Umlaufverfahren vom Vorstand abgesagt wurde, als in dem lokalen NS-Organ *Freiheitskampf* am 18./19.3.33 ein übler Hetzartikel gegen die jüdische Überfremdung der Gesellschaft mit der Ankündigung von „Reinigungsmaßnahmen“ erschien und die zuständige Stelle sich weigerten, einen ungestörten Verlauf zu gewährleisten. Einspruch kam von Poppelreuter, der am 20.3.33 telegraphierte „Kongress ohne Juden abhalten ... übernehme volle Verantwortung“. Auf der folgenden Vorstandssitzung am 28.3. in Berlin legten daraufhin der Vorsitzende William Stern und David Katz gleich zu Beginn ihre

Ämter nieder. Kafka wurde wegen der Einstellung der Kongreßvorbereitungen von Ach und Poppelreuter der Pression beschuldigt und trat zurück, nachdem Poppelreuter von ihm forderte, die Gesinnung des Artikels nicht als parteipolitische, sondern als die des neuen Deutschlands anzuerkennen. Dies und Einsetzung eines „gereinigten“ Vorstands mit Felix Krüger als Vorsitzendem sowie Poppelreuter, Klemm, Jaensch und Rieffert wurde in einem weiteren Artikel im *Freiheitskampf* gefeiert. Über diese Vorgänge informiert Kafka am 7.4.1933 ausgewählte Mitglieder und stellt zur Debatte, ob sein Verhalten „richtig und moralisch notwendig“ war, bittet aber, im Interesse der deutschen Wissenschaft diese vertraulichen Mitteilung nicht (!) propagandistisch auszuwerten. Köhler konnte also weder von Seiten der Universität noch von der DGfP mit Unterstützung rechnen. Unter Hinweis auf diese Vorgänge macht er am 8.5.33 seine Teilnahme an dem nun im Herbst in Leipzig geplanten Kongreß von der Teilnahmemöglichkeit jüdischer Kollegen abhängig, begnügt sich aber mit Krügers vager Antwort, daß „nicht beabsichtigt sei, den Besuch von anderen Dingen abhängig zu machen, als bisher üblich“. Erst im April 1934 tritt er aus der DGfP aus, anläßlich eines Konfliktes mit Krüger über das Programm des nächsten Kongresses, auf dem Rasse, Seelentum und Gemeinschaft im Vordergrund stehen sollten (vgl. Geuter 1979, 1984). – Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die in der Bücherverbrennung vom 10. Mai sowie in dem ebenso makabren „Bekenntnis der Professoren zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ auf einer Kundgebung am 11.11.1933 in Leipzig, unterschrieben von M. Heidegger, A. Gehlen, Erich R. Jaensch und Theodor Litt sowie 650 weiteren Professoren, ihre Höhepunkte erfahren sollte, ist Köhlers DAZ-Artikel Ende April zu verstehen.

## Die Problematik von Köhlers Artikel „Gepräche in Deutschland“

Bei aller Anerkennung, die man Köhler für sein mutiges öffentliches Eintreten gegen politisch motivierte Verfolgung und Entlassungen, insbesondere von jüdischen Wissenschaftlern, zollen muß (s. Weinschenk 1967, Henle 1978, 1979), ist sein Artikel selbst nicht unproblematisch, worauf bereits M. Ash hingewiesen hat. Er sieht in Köhlers Äußerungen das Selbstverständnis vieler konservativer Deutscher artikuliert, „die die Stoßrichtung der `nationalen Revolution' befürworteten, aber Sorge um ihre eigenen Interessen trugen“, und in bezug auf Köhlers Stellung zur NS-Rassepolitik „eine weit verbreitete Ambivalenz von Angehörigen der akademisch gebildeten oberen Mittelschicht gegenüber ... den Juden in Deutschland“ (1985, S. 121f.). Zumindest bleiben hier einige Fragen offen. Es bleibt unklar, ob Köhler in seinem Artikel 1933 nur aus

taktischen Gründen „die Wucht des Geschehens, durch welches Deutschland in wenigen Tagen zum erstenmal ein festes Reich wurde“ und die „Konzentration der Macht“ nach den Jahren politischer Zersplitterung begrüßt und weshalb er der Politik das Recht einräumt, „in jede Sachlage und in alles deutsche Leben“ gestaltend einzugreifen, auch die „Zusammensetzung des Volkskörpers zu kontrollieren“. Seine Argumente erhalten einen pragmatischen Akzent, wenn er z.B. ausführt, die Nationalsozialisten hätten gar nicht genügend Führungspersönlichkeiten als Ersatz für die Vielen, die gehen müßten und an deren deutscher Gesinnung, Sachkenntnis und charakterlicher Eignung nicht gezweifelt werden könne. In bezug auf das „Judenproblem“ (es gab zu dieser Zeit in Deutschland lediglich 600000 oder 1,2% Juden) lehnt er strikt die These ab, jeder Jude sei als Jude eine minderwertige Form des Menschentums, und verweist mit Spinoza, Heinrich Hertz und dem eben zurückgetretenen Nobelpreisträger James Franck auf „unentbehrliche Träger im Haus der deutschen Kultur, welche von Juden stammen“. Aber das Bild von der deutschen Kultur als einem Haus, an dem man bestenfalls einige Steine vorsichtig ersetzen dürfe, die sich bei Prüfung der „Sachbeschaffenheit“ als „minderwertig erwiesen haben“, wolle man den ganzen Bau nicht gefährden, kann als Aufforderung verstanden werden, lediglich vorsichtiger zwischen wertvollen „Kulturjuden“ und den weniger wertvollen zu unterscheiden. Geht man nicht davon aus, Köhler habe, um überhaupt gehört werden zu können oder möglichst viele anzusprechen, in seinen Ausführungen Konzessionen gemacht, so deutet sich ein elitäres Gesellschaftsverständnis an, das in Anspruch nimmt, zwischen wertvollen und weniger wertvollen Menschen entscheiden zu können und über ihre gesellschaftlichen Zugehörigkeit entscheiden zu dürfen. Zumindest fehlt eine konsequente, wie schon von Theodor Mommsen in seiner Auseinandersetzung mit Treitschke 1880 geforderte „Anerkennung der jüdischen Mitbürger als Deutsche“.

## **Analyse der Reaktionen von Kollegen**

Bei der Analyse der Reaktionen ist zu berücksichtigen, daß die *DAZ* eine renommierte und überregional verbreitete Tageszeitung war, die in deutsch-nationalen bürgerlichen Kreisen gelesen wurde (vgl. Fischer 1972). Der Artikel wurde aber auch in Abschriften und Sonderdrucken sowie im Ausland zumindest in Auszügen oder Kommentaren verbreitet, so daß das Einzugsgebiet der Reaktionen von Rumänien bis USA, von Italien bis Schweden reicht. Geht man davon aus, daß Köhler hauptsächlich Hochschullehrerkollegen ansprechen wollte, so ist die Anzahl derer, die überhaupt reagierten – es gab zu der Zeit über

7000 Hochschullehrer in Deutschland- relativ gering. Eine Fach – oder Bereichsspezifität ist nicht erkennbar. Die Gruppe der jüdischen Kollegen, von der die Hälfte der Briefe stammt, ist überrepräsentiert, wenn man bedenkt, daß die Zahl der jüdischen Professoren und Lehrer aufgrund des traditionellen Antisemitismus in höheren Bildungsinstitutionen in Preußen lediglich 560 oder 3,23% betrug (vgl. Beyerchen 1980, 1982). Wenn im folgenden in Anführungsstrichen zwischen „arischen“ und „jüdischen“ Hochschullehrern unterschieden wird, so reflektiert dies nur zum Teil und nicht notwendig das eigene Selbstverständnis der so Eingordneten, auch nicht deren religiöse, ethnische oder sonstige Zugehörigkeit, sondern die unterschiedliche Betroffenheit durch die Maßnahmen der Nazis. Gemeinsam ist beiden Gruppen, daß Köhler durchgehend Dank ausgesprochen und Kritik bestenfalls in Andeutungen sichtbar wird.

Bei den Antworten aus der Gruppe „arischer“ Hochschullehrer fallen die vielen sehr knappen Antworten auf, in denen Köhler neben seinem mutigen und notwendigen Auftreten für die „maßvolle, runde und ausgewogene Form“ seines Artikels gedankt wird. Deutlich wird die Erleichterung, daß jemand die eigenen moralischen Skrupel und Bedenken artikuliert hat, etwa die nun vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten zu nutzen. Neben Befürchtungen um nun gefährdete Besitzstände, die ungünstige Auslandswirkung sowie Diskussionen um den günstigsten Zeitpunkt, noch oder wieder etwas zu tun, ohne dem Ansehen Deutschlands oder der eigenen Wissenschaft zu schaden, tritt ein „differenzierter“ Antisemitismus zu Tage, nach dem etwa – bei Anerkennung der Leistung einzelner Juden – andere, die gefehlt haben, aus dem öffentlichen Leben „ausgemerzt“ gehören oder – bei Ablehnung des Antisemitismus gegen einzelne – dieser gegen die Juden als „unbewußter Kulturzusammenhang“ als gerechtfertigt angesehen wird. Selbst dort, wo ein Rassenantisemitismus als wissenschaftlich unhaltbar angesehen wird, würde man freudig für die nationale Sache gegen den „jüdischen Geist“ vorgehen. Max Dessoir benutzt ein Bild von den Juden als Salz in der Suppe, hält aber das deutsche Volk für „versalzen“. Erfüllt von einem elitären Selbstverständnis als „Gewissen der Nation“ oder gar ausgehend von der „Kulturmission des Deutschtums“, das dem Zeitalter den Stempel aufdrücken soll, wird die Ursache für die moralisch empörende Fehlentwicklung im Materialismus und Intellektualismus der Zeit gesehen. – Die Aussage, daß der Artikel nur Beifall in Kollegenkreisen gefunden habe, steht im Widerspruch zu der Einschätzung einer zu geringen Anhängerschaft, um noch etwas zu retten, und hinsichtlich von gleichgesinnt vermuteten Kollegen zeigen sich erstaunliche Fehleinschätzungen, wenn z.B. in Heidegger ein möglicher Bündnispartner gesehen wird. Dort, wo gegen die Nazis verwendbare Informationen gegeben werden, bittet man gleichzeitig um vertrauliche Behandlung. Man will Köhler wissen lassen, wer seines Sinnes ist, und immerhin gibt es Andeutungen der

Bereitschaft, sich gemeinsam zum Schutze bedrohter nationaler Kulturgüter zu äußern; von Widerständigkeit kann insgesamt aber nicht die Rede sein. Typisch ist die Formel eines „Unpolitischen“: „Mitarbeiten werde ich ..., aber die rechte freudige Mitarbeit wird es nicht werden“.

Bei den „jüdischen“ Hochschullehrern findet sich neben dem z.T. emphatischen Dank für diese erstmals wieder artikulierte Gesinnung der Humanität, auf die man –selbst nicht in der Lage zu handeln– gewartet hat, die Hoffnung, daß Köhler durch seinen mutigen Artikel keinen Schaden nehmen möge. Gleichzeitig hofft man, daß dieser die Selbstbesinnung bei den anderen stärken und verhindern möge, daß die Juden, die an ihrer Heimat festhalten wollen, nicht völlig an dem Volk, in dessen Kultur sie aufgewachsen sind, verzweifeln. James Franck sieht in dem Geschehen nicht der Hauptsache nach eine Auseinandersetzung mit dem Judentum und teilt nicht den Optimismus, daß das revolutionäre Geschehen nach Abstreifung der Kinderkrankheiten im Endeffekt Gutes bringen wird. Sarkastisch sieht sein Nobelpreiskollege Gustav Hertz die Zertrümmerung aller Erwartungen und die „Entfaltung großartiger Primitivität“ im 20. Jh. als Grundlage eines neuen Lebensgefühls der totalen Freisetzung. Als größtes Hemmnis, Deutschland zu verlassen, wird die trotz aller Zurückweisung bestehende Neigung zu Deutschland und seiner Wissenschaft, gegen alle Vernunft und Anforderung primitivster Selbstachtung, thematisiert. Kurt Lewin, dessen Abschiedsbrief Köhler nie erreichte, sondern in seinem Nachlaß gefunden wurde (Lewin, 1987), gibt eine ausführliche Analyse der Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland, dessen psychologisch relevanten Grund er – neben der jahrhundertelangen Tradition und dem Wiederaufleben primitiver Atavismen nach dem verlorenen Krieg – in jener politisch-moralischen Haltung sieht, die einen Mangel an Zivilcourage bezeichnet. Der Mangel an Selbstbewußtsein –für den ihm das entwurzelte Kleinbürgertum als Hauptstütze der Nationalsozialisten Beleg ist– läßt ihn zu dem resignativen Schluß kommen, daß die Entrechtung der Juden weitergehen und „in der den Deutschen eigentümlichen schematischen Weise durchgeführt werden“ wird. Lewin zieht daraus den Schluß, daß dort, wo ihm die Rechte und seinen Kindern die Zukunft genommen werden, gleichzeitig aber erwartet wird, daß er die Kinder der anderen erziehe und im Ausland der Greuelpropaganda entgegentrete, ein Leben, „das auch nur den primitivsten Anforderungen an Wahrhaftigkeit genügt“, nicht mehr möglich ist, und es gilt, „einen Ort zu finden, an dem man aufrecht leben kann“ (1987, S. XVII). Lewin ist auch der Einzige, der die in Schutzhaft Sitzenden und die Weimarer Republik erwähnt, in der nach seiner Einschätzung durch den Einfluß der weniger antisemitischen Arbeiterklasse die bis dahin größten Integrationsmöglichkeiten der Juden in Deutschland gegeben waren.

## Fazit

Liest man Köhlers Artikel als Versuch, Widerständigkeit öffentlich zu zeigen und zu provozieren, so muß dieser als gescheitert angesehen werden, da er mehr eine Funktion der Entlastung als eine Funktion der Initialisierung von Widerstand erfüllte. Konnte der Artikel diese Funktion unter den gegebenen Bedingungen für die jüdischen Mitbürger nicht haben und nur problematische Hoffnung wecken, so zeigen die Reaktionen der übrigen Mitbürger zwar fast durchgängig eine erhebliche Distanz zur Praxis der Nationalsozialisten, insbesondere in der Frage der Judenverfolgung, weniger allerdings zum politischen Programm des Nationalsozialismus, das man im wesentlichen nur individuell differenzierender durchgeführt wünscht. Die Bereitschaft, etwas zu unternehmen, ist bei den Hochschullehrern gering, womit im wesentlichen Abendroth's Formel von der „unpolitischen Universität“ (1966) bestätigt wird. Zu einer politischen Analyse der Situation sind (mit der Ausnahme Lewin) bestenfalls Ansätze vorhanden. Neben einer spontan moralischen Ablehnung der Nazis sind es hauptsächlich christlich-konservative, bestenfalls liberale Wertvorstellungen in Verbindung mit einem elitären Selbstverständnis als Kulturträger, von denen her eine Ablehnung begründet wird. Diese Haltung erscheint aber politisch nicht handlungsfähig, da die Nationalsozialisten in Bezug auf Nationalismus, Autoritarismus und Ablehnung von Demokratie und Parlamentarismus die entschiedeneren Positionen haben und der bildungsbürgerliche Protest bestenfalls als inkonsequente Form desselben erscheint. Festzuhalten bleibt aber auch, daß nicht alle sich anpassen, einige der Briefschreiber auch später Mut zum Widerstand zeigen, zwei ihn sogar mit ihrem Leben bezahlen – allerdings sind dies keine Hochschullehrer. Bleiben die „arischen“ Hochschullehrer meist im Amt bzw. machen sie Karriere, so ist zwar zu diesem Zeitpunkt Lewin der einzige „jüdische“ Hochschullehrer, dessen Entschluß zu emigrieren feststeht, aber alle werden ihm in die Emigration folgen oder durch Freitod enden. – Das 'Erinnern und Durcharbeiten' (so ein Buchtitel von R. Lockot 1985) der Entwicklungen in den Wissenschaften zum und im Nationalsozialismus bleibt uns angesichts der relativen Hilflosigkeit der bisherigen Bemühungen (Haug 1967) weiterhin Aufgabe. Je differenzierter uns dies gelingt, desto besser werden wir wahrscheinlich gegenwärtige Entwicklungen verstehen, aber auch verunsichert werden darüber, wie wir uns in einem totalitären System verhalten hätten.

## Literaturverzeichnis

- Abendroth, W. (1966). Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität. In: Nationalsozialismus und deutsche Universität. Universitätstage 1966. Veröffentlichungen der Freien Universität Berlin. Berlin: deGruyter, 189-208.
- Ash, M.G (1985). Ein Institut und seine Zeitschrift. Zur Geschichte des Berliner Psychologischen Instituts und der Zeitschrift 'Psychologische Forschung' vor und nach 1933. In: Graumann, C.-F. (Hg.): Psychologie im Nationalsozialismus. Berlin Heidelberg New York Tokyo: Springer-Verlag, 113-137.
- Bekenntnis der Professoren an den deutschen Univeritäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat (1933). Dresden: Limpert.
- Beyerchen, A. (1982). Wissenschaftler unter Hitler. Berlin: Ullstein.
- Beyerchen, A. et al. (1980). Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft Band 4.2 hrsg. von Manfred Heinemann. Stuttgart: Klett.
- Comité des Délégations Juives (Ed.) (1934/1983). Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Das Schwarzbuch – Tatsachen und Dokumente. Paris 1934, Reprint Frankfurt: Ullstein.
- Fischer, H.-D.: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin 1861-1945. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. Pullach bei München: Verlag Dokumentation 1972, 269-282.
- Geuter, U. (1979). Der Leipziger Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie. Ausrichtung, Anbieten und Arrangement einer Wissenschaft im Nationalsozialistischen Staat. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 12, 3(4), 6-25.
- Geuter, U. (1984). „Gleichschaltung“ von oben? Universitätspolitische Strategien und Verhaltensweisen in der Psychologie während des Nationalsozialismus. *Psychologische Rundschau*, 35, 198-213.
- Graumann, C.-F. (Hg.) (1985). Psychologie im Nationalsozialismus. Berlin : Springer-Verlag.
- Haug, W.F. (1967). Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und Nationalsozialismus an deutschen Universitäten. Frankfurt: Suhrkamp.
- Henle, M. (1978). One man against the Nazis – Wolfgang Köhler. *American Psychologist*, 33, 939-944.
- Henle, M. (1979). Einer kuschte nicht – Wolfgang Köhlers Kampf gegen die Nazis. *Psychologie heute*, 6 (3), 80-86.

- Köhler, W. (1933). Gespräche in Deutschland. *Deutsche Allgemeine Zeitung* 28.4.1933 Berlin, Morgenausgabe, S. 2. Reprint in Graumann 1985, S. 305-306.
- Lewin, K. (1987). „...einen Ort finden, an dem man aufrecht leben kann“. Abschiedsbrief an Wolfgang Köhler. In Strauss, H.A., Buddensieg, T. & Düwell, K. (Hrsg.) *Emigration. Deutsche Wissenschaftler nach 1933 – Entlassung und Vertreibung*. Berlin: Technische Universität, pp. XI-XVII. Dass. gekürzt in: *Psychologie heute*, Heft Juni 1981, 50f.
- Lockot, R. (1985). *Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus*. Frankfurt: Fischer.
- Mommsen, T. (1888/1912) Auch ein Wort über unser Judentum. In: *Reden und Aufsätze*. S. 410 ff.
- Poliakov, L. & Wulf, J. (1959) *Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente*. Berlin: Arani Verlag.
- Weber, B. (1979). *Pädagogik und Politik vom Kaiserreich zum Faschismus. Zur Analyse politischer Optionen von Pädagogikhochschullehrern von 1914-1933*. Königstein/Ts.: Scriptor Verlag.
- Weinschenk, C. (1967). Wolfgang Köhler im Jahre 1933. *Psychologische Beiträge*, 10, 622-624.

*Zum Autor:* Siegfried Jäger ist wissenschaftlicher Angestellter am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin.

*Anschrift:* Psychologisches Institut der FU Berlin, Habelschwerdter Allee 45, 1000 Berlin 33.